

Aufwertung von Sparfessenguthaben.

Der Aufwertungsausschuss des Reichstages setzte gestern die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes über die Aufwertung von Hypotheken und sonstigen Ansprüchen beim Kapitel Aufwertung von Sparguthaben fort. Der Beratung liegt bekanntlich die Kompromißvorlage der hinter der Regierung stehenden Parteien, nicht die Regierungsvorlage selbst, zugrunde.

Vorsitzender Abg. Philipp (Dn.) weist darauf hin, daß, wenn die Sparfassen die Möglichkeit hätten, durch ihre Garantieverbände evtl. den Aufwertungssatz zu erhöhen — eine Möglichkeit, die ihnen nach dem Gesetz gegeben sei, die aber die Genossenschaften nicht haben —, so würde das eine schwere Konkurrenz für die Genossenschaften bedeuten. Staatssekretär Joel: Die Wirkungen dieser Möglichkeit lassen sich im Moment noch nicht übersehen. Die Regierung wird sich zu gegebener Zeit mit den Ändern bewegen in Verbindung setzen.

Abg. Ketz (Soz.) fragt, ob der Reichsregierung bekannt sei, daß die Länderregierungen Verbote für die Auszahlung von Vorkäufen auf die zu erwartende Aufwertung erlassen hätten. Staatssekretär Joel erteilt diese Frage.

Dann wird die Kompromißvorlage zu dem erwähnten Kapitel angenommen; danach sollen die

Sparguthaben mindestens mit 12 1/2 Prozent aufgewertet werden. Es erfolgt die Aufwertung der bis 15. Juni 1922 eingelegten Sparguthaben. Beim Kapitel

Aufwertung von Vermögensanlagen

bestimmt die Kompromißvorlage, daß der Aufwertungssatz 25 Prozent nicht übersteigen darf bei: Ansprüchen aus Gesellschaftsverträgen, aus Güterüberlassungsverträgen, Ansprüchen unter Wierben, Ansprüchen aus Beziehungen zwischen unterhaltsberechtigten und verwandten Personen, Ansprüchen auf wiederkehrende Leistungen bei Abfindungen, Ueberlassungen usw., Ansprüchen auf Entrichtung eines Erbbaueinfusses, Guthaben bei Fabrik- oder Werksparksassen, sowie Ansprüchen an Betriebspensionskassen.

Der demokratische Abg. Frhr. v. Richthofen hat zu dem Gesetz über die Ablösung der Reichsanleihen einen neuen, eine grundlegende Veränderung der Beschlüsse der ersten Lesung vorschlagend Antrag gestellt. Diefem Antrag zufolge soll jeder Anleiheinhaber auf je 1000 Mark Reichsanleihe 75 Mark Ablösungsanleihe erhalten. Die Ablösungsanleihe soll, beginnend mit dem 1. Januar 1926, mit 7 Prozent jährlich, zahlbar in halbjährlichen Raten, zu verzinsen und zu 133 1/2 Prozent im Laufe von 30 Jahren durch Auslosung zu tilgen sein. Dem Antrag liegt, wie in der Begründung ausgeführt wird, die Erklärung des Reichsfinanzministeriums zugrunde, daß die Finanzen des Reiches ein wesentliches Hindernis für die zur Durchführung der Beschlüsse der ersten Lesung erforderlichen Beträge unter keinen Umständen gestatten. Der für den Antrag Richthofen während 30 Jahren hindurch aufzubringende Betrag beläuft sich auf 131 Millionen gegenüber der Belastung von 126 1/2 Millionen jährlich, die sich aus den Beschlüssen der ersten Lesung ergibt. Der Abg. Frhr. v. Richthofen beantragt ferner, dieser Ablösungsanleihe die völlige Steuerfreiheit von jeder gegenwärtigen oder künftigen Erbschafts-, Vermögens-, Einkommen- oder Kapitalertragssteuer zu gewähren.

Wiedereinführung der Binnenumschlagzölle.

München, 2. Juli. Wie das Süddeutsche Korrespondenzbüro erfährt, wird morgen eine Besprechung zwischen Vertretern der Reichs- und Länderregierungen und der bayerischen Industrie in Nürnberg über die Wiedereinführung der Binnenumschlagtarife stattfinden. Die Anregung zu dieser Sitzung ist von bayerischen Wirtschaftsexperten, die dem Ergebnis der Beratungen mit großem Interesse entgegensehen, ausgegangen. U. a. sollen dem Vernehmen nach an den Beratungen Ministerpräsident Dr. Heldt, sowie Vertreter des bayerischen Handelsministeriums und des Reichsverkehrsministeriums, der Reichsbahn und der württembergischen und pfälzischen Regierung teilnehmen. Auch die Oberbürgermeister der interessierten Städte, die Vorsitzenden der Ortsverbände des bayerischen Industriellenverbandes und Vertreter der bayerischen und rheinisch-westfälischen Wirtschaft werden erwartet.

Deutsch-französischer Handelsvertrag.

Paris, 2. Juli. Die französische Wirtschaftsdelegation hat gestern nachmittag die Prüfung der letzten deutschen Gegenentwürfe für das abzuschließende Handelsprotokoll beendet. Sie hat sich außerdem mit dem Text der französischen Antwort beschäftigt, die den deutschen Unterhändlern überreicht werden soll. Handelsminister Chaumet wird binnen kürzester Frist um eine endgültige Stellungnahme zu dieser Antwort ersuchen.

Neue Verhandlungen im deutsch-spanischen Handelsvertrag.

Berlin, 2. Juli. Nach der am 21. Juni erfolgten Ratifikation des deutsch-spanischen Handelsvertrages ist die Reichsregierung entsprechend ihren bei der Beratung des Vertrages im Reichstag abgegebenen Erklärungen an die spanische Regierung herantreten, um sofort neue Verhandlungen über die Abänderung der im Reichstag beanstandeten Bestimmungen einzuleiten. Die spanische Regierung hat sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Die deutsche Delegation, die aus Vertretern der beteiligten Ministerien besteht, ist heute mit der Führung des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Verchenfeld-Abferring nach Madrid abgereist. Einige Vertreter des Weinbaues und des Weinhandels schließen sich ihr als Sachverständige an.

Erhöhung der Militärrenten.

Berlin, 2. Juli. Dem Reichstag ist der Entwurf eines dritten Gesetzes zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes und anderer Versorgungsgesetze zugegangen. Nach dem Entwurf ist beabsichtigt, die Militärrenten allgemein zu erhöhen unter besonderer Berücksichtigung der noch im Erwerbsleben stehenden Beschädigten und der erwerbsfähigen Witwen (40 v. H. statt bisher 30 v. H. der Vollrente). Darüber hinaus soll die Versorgung der Kriegereatern durch Einführung einer Elternbeihilfe eine wesentliche Verbesserung erfahren. Der Empfängerkreis für die vom Bedürfnis abhängige Zusatzrente wird durch günstigere Gestaltung der Einkommensgrenzen erweitert werden und für Beschädigte, die 1923 wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit um nur 20 v. H. aus der Rentenversorgung ausgeschlossen sind, ist eine einmalige Nachzahlung von 50 Mark vorgesehen, wenn sie nur ein geringes Einkommen haben. Auch für frühere Offiziere und Kapitulanten bringt der Entwurf Verbesserungen, z. B. Erhöhung der Bestimmungszulage für Offiziere und der Zuschläge zum Witwen- und Waisengeld für ihre Hinterbliebenen, Erhöhung der Renten für Kapitulanten und günstigere Gestaltung der für sie geltenden Ruhevorschriften.

Reichskabinett und Sicherheitsnote.

Eine „Zwischennote“.

Berlin, 2. Juli. Das Reichskabinett setzte heute nachmittag die Beratungen über die außenpolitische Lage fort. Der Reichsminister des Auswärtigen berichtete über den Stand der Vorarbeiten für die Beantwortung der französischen Sicherheitsnote. Es besteht über die Grundlinien dieser Antwort Einverständnis und es ist die Vorlage eines Entwurfs im Kabinett ehestens zu erwarten.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern nachmittag, wie dazu noch verlautet, erneut mit der Frage des Sicherheitspastes. Reichsaußenminister Dr. Stresemann erstattete das einleitende Referat. Im Kabinett ergab sich völlige Einmütigkeit über die nunmehr zu unternehmenden Schritte. Dr. Stresemann skizzierte den Gedankengang der an Frankreich abzuschickenden Antwortnote, die den Charakter einer Zwischennote haben wird, entsprechend dem letzten Beschlusse des Kabinetts daß durch Vorverhandlungen erst die Grundlage für alles Weitere geschaffen werden muß. Der Entwurf der Zwischennote wird dem Kabinett bereits in diesen Tagen zugehen.

Belgien und der Sicherheitspakt.

Brüssel, 2. Juli. Auf eine Frage Jaspars bezüglich der Verhandlungen über den Sicherheitspakt teilte der Minister des Äußern Vanderveelde mit, daß die belgische Regierung die deutsche, die englische und die französische Regierung unermüßlich darauf aufmerksam gemacht habe, daß Belgien in dem deutschen Memorandum vom 9. Februar nicht erwähnt worden sei. Er habe die formelle Zusicherung erhalten, daß Belgien dem Sicherheitspakt als Gleichberechtigter mit den anderen Beteiligten teilnehmen werde, und daß die in dem Pakt vorgesehenen Garantien sich auf die belgischen Grenzen mit erstrecken werde, so wie sie im Versailler Vertrage festgesetzt worden seien. Die belgische Regierung habe mehrmals im Verlauf der Verhandlungen betont, daß sie grundsätzlich bereit sei, mit Deutschland einen Schiedsgerichtsvertrag abzuschließen. Die Unruhen und Einzelheiten seien im Verlauf der Besprechungen nicht genau festgelegt worden.

Deutschland hat in seinem Memorandum über die Sicherheitsfrage Belgien zwar nicht erwähnt, aber erklärt, daß der Sicherheitspakt von den am Rhein interessierten Mächten geschlossen werden müsse. Es hat damit also bereits mit der Beteiligung Belgiens gerechnet.

Englisches Memorandum über die Regelung der Kriegsschuldenfrage.

Paris, 2. Juli. Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas will erfahren haben, daß gestern die britische Regierung der französischen Regierung auf neue Kenntnis von ihrer Ansicht über die Regelung der Kriegsschuldenfrage gegeben habe, und zwar in einer Mitteilung des Staatssekretärs Chamberlain an den französischen Botschafter in London. Dieses in freundschaftlichem Tone gehaltene englische Memorandum schlägt vor, die französische Regierung möge ein Angebot, wenn auch nur provisorisch, machen. Außerdem wird erklärt, wenn Frankreich mit den Vereinigten Staaten ein Abkommen treffe, werde die englische Regierung im gleichen Verhältnis eine Rückzahlung der ihr zukommenden Summen fordern. Außenminister Briand wird morgen dem Ministerrat Kenntnis von der englischen Note geben und alsdann in Gemeinschaft mit Finanzminister Callaux über die zu erteilende Antwort beraten.

London, 2. Juli. Wie der amtliche englische Funkdienst meldet, hat die englische Regierung in den letzten Tagen auch an Italien, Portugal, Serbien, Rumänien und Griechenland je eine Note zur Frage der Kriegsschulden überreicht lassen. Wie verlautet, bilden diese Mitteilungen keine Mahnung, sondern nur eine Aufforderung an die Schuldnerstaaten, den Zeitpunkt zum Beginn von Verhandlungen über die Regelung der Schulden anzugeben. Die Haltung der englischen Regierung in der Schuldenfrage ist in dem Schreiben des Schatzkanzlers Winston Churchill an die französische Regierung vom 6. Februar d. J. niedergelegt. Es wird darauf hingewiesen, daß England auf Grund des Schuldenkonsolidierungsabkommens mit den Vereinigten Staaten bereits mehr als 80 Millionen Pfund bezahlt

hat, ohne bisher von seinen Schuldnern Beistellungen empfangen zu haben. Im Interesse des englischen Steuerzahlers hält sich die Regierung unter den jetzigen Umständen für berechtigt, auf die Erledigung der Angelegenheit zu dringen.

Mussolini über die Außenpolitik.

Rom, 2. Juli. Im Ministerrat legte heute Ministerpräsident Mussolini den Stand der auswärtigen Politik dar. Er sagte, daß die Verhandlungen über einen deutsch-italienischen Handelsvertrag wieder aufgenommen worden seien, und daß sie wahrscheinlich noch vor Ablauf des jetzigen Modus vivendi ihren Abschluß finden würden. Was den Sicherheitspakt anbetrafte, so sei man augenblicklich auf einem toten Punkt angelangt. Weder eine Ablehnung noch eine Annahme seien erfolgt, es werde vielmehr auf die durch die Ereignisse bedingte Entwicklung der Dinge gewartet.

Das Unschuldslamm.

Rugland hat mit den Unruhen in China nichts gemein.

Moskau, 2. Juli. Tschitschewin erklärte einem Vertreter der russischen Telegraphenagentur in einer Unterredung, die Heise eines Teiles der englischen Presse und sonstiger ausländischer Blätter gegen Sowjetrußland auf Anlaß der Ereignisse in China sei nunmehr beinahe offiziell durch die Rede des Staatssekretärs für Indien Lord Birkenhead gutgeheißen worden. Diese Rede sei insofern ungewöhnlich, als in ihr zum Ausdruck komme, daß ein Mitglied der Regierung, die normale Beziehungen zur Sowjetregierung unterhalte, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen anstrebe und auf diese Weise auf einen unfreundlichen Akt hinarbeite, dessen letzte Konsequenz nur der Krieg sein würde. Die Gefinnungsgenossen des Lord Birkenhead suchten nach dem Anlaß für einen Konflikt, der unübersehbar schwere Folgen haben könnte. Dies finde in einem Augenblick statt, in dem in England eine allgemeine politische Spannung; eine Industriekrise und steigende Arbeitslosigkeit herrsche, während sich zu gleicher Zeit der wirtschaftliche Aufschwung der Sowjetunion bemerkbar mache, deren Außenhandel, und namentlich deren Einfuhr in raschem Steigen begriffen sei. Tschitschewin weist alle gegen die Sowjetregierung im Zusammenhang mit den Ereignissen in China erhobenen Beschuldigungen scharf zurück. Die Regierung und die öffentliche Meinung der Sowjetunion hielten die Schaffung eines zentralisierten demokratischen und von allen fremden Eingriffen befreiten Chinas für die beste Lösung des chinesischen Problems. Die Sympathie für diese Kampfziele des chinesischen Volkes stelle keinesfalls eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas dar. Zum Unterschiede von anderen Mächten denke die Sowjetunion nicht daran, durch Ausföhlung irgend einer chinesischen Parteilgruppe gegen eine andere den Bürgerkrieg zu fördern, vielmehr sei die Sowjetregierung der Ansicht, daß nur das chinesische Volk über China verfügen dürfe. Die gegenwärtige englische Regierung sei einzig und allein für das Scheitern der russisch-englischen Verständigung verantwortlich. Die Sowjetregierung sei nach wie vor bereit, sich mit jedem Staat zur Konsolidierung des Weltfriedens zu verständigen.

Protest gegen die Knebelung der deutschen Luftfahrt.

Der deutsche Luftfahrtverband hat an den Reichspräsidenten, den Reichsanler, den Reichsminister des Auswärtigen und den Reichsverkehrsminister Telegramme gesandt, in welchem gegen die neue Note der Alliierten über die Luftfahrt Deutschlands scharfer Protest erhoben wird.

Aus Stadt und Land.

Aus, den 3. Juli 1926.

Eisenbahnunfälle.

Wenn jemand eine Reise tut, so wünscht er schnell und angenehm, vor allem aber sicher zu reisen. Die deutschen Bahnen sind von jeher, was die Sicherheit anlangt, an der Spitze marschiert. Im Durchschnitt kam in Deutschland vor dem Kriege erst auf 125 Millionen Reisende ein tödlicher Unfall bei Zugunfällen, Entgleisungen, Zusammenstoßen usw.

In der Deffentlichkeit werden gewöhnlich nur die großen Eisenbahnunfälle beachtet. Die meisten Todesopfer fordern aber gerade die kleinen persönlichen Unfälle, bei denen nur einzelne Reisende durch eigene Unvorsichtigkeit verunglücken. In den letzten Jahren sind auf der Deutschen Reichsbahn 10—12mal mehr Personen durch eigene Unvorsichtigkeit tödlich verunglückt als bei Zugunfällen. Die Ursachen der persönlichen Unfälle sind bekannt, werden aber im Betriebe des Alltags zu wenig gewürdigt: Auf- und Abpringen, während der Zug in Bewegung ist, Abstieg aus dem fahrenden Zuge, unvorsichtiges Ueberstreifen von Gleisen, zu nahe Herantreten an den Zug. Es handelt sich dabei sogar um besonders gefährliche Handlungen, denn die Zahl der tödlichen Unfälle im Vergleich zu den Verletzungen ist erschreckend groß. Im Jahre 1924 sind auf der Deutschen Reichsbahn bei Zugunfällen 87 Reisende getötet worden; durch eigene Unvorsichtigkeit kamen aber nicht weniger als 357 Reisende und Bahnfremde um!

Hier ist also der Punkt, wo jeder, der mit der Bahn in Berührung kommt, auf seine Sicherheit selbst bedacht sein muß. Es gibt eine Reihe von Vorschriften, die das Verhalten der Reisenden regeln sollen. Diese Vorschriften, die eigentlich Rat schläge und Mahnungen sind, sollte jeder zum eigenen Wohle sorgfältig beachten. Die Reichsbahndirektion Dresden hat diese Rat schläge in der Form eines bildgeschmückten Merkblattes zusammengestellt, das in diesen Tagen auf Bahnhöfen und in Wagen angehängt wird. Wir empfehlen unseren Lesern, dieses Merkblatt zu beachten.